

**Dritte Landesverordnung  
zur Änderung der Landesverordnung über Aufnahmen, Besuchs- und Ausgangsrechte  
sowie Testungen in Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Eingliederungshilfe  
nach den §§ 4 und 5 des Landesgesetzes über Wohnformen und Teilhabe zur  
Verhinderung der weiteren Ausbreitung des Coronavirus  
Vom 5. Januar 2021**

Aufgrund des § 32 Satz 1 in Verbindung mit § 28 Abs. 1 Satz 1 und 2 und § 28 a Abs. 1 und 2 Satz 1 Nr. 3 des Infektionsschutzgesetzes vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), zuletzt geändert durch Artikel 4 a des Gesetzes vom 21. Dezember 2020 (BGBl. I S. 3136), in Verbindung mit § 1 Nr. 1 der Landesverordnung zur Durchführung des Infektionsschutzgesetzes vom 10. März 2010 (GVBl. S. 55), zuletzt geändert durch § 7 des Gesetzes vom 15. Oktober 2012 (GVBl. S. 341), BS 2126-10, wird verordnet:

**Artikel 1**

Die Landesverordnung über Aufnahmen, Besuchs- und Ausgangsrechte sowie Testungen in Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Eingliederungshilfe nach den §§ 4 und 5 des Landesgesetzes über Wohnformen und Teilhabe zur Verhinderung der weiteren Ausbreitung des Coronavirus vom 27. November 2020 (GVBl. S. 662), zuletzt geändert durch Verordnung vom 18. Dezember 2020 (GVBl. S. 820), BS 2126-14, wird wie folgt geändert:

1. § 4 wird wie folgt geändert:

- a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:  
„Sonderregelungen für den Besuch in Pflegeeinrichtungen nach den §§ 4 und 5 Satz 1 Nr. 6 LWTG bis zum 10. Februar 2021“.
- b) In Absatz 1 Satz 1 werden die Worte „in der Zeit vom 1. Dezember 2020 bis 10. Januar 2021“ durch die Worte „bis zum 10. Februar 2021“ ersetzt.
- c) In Absatz 2 werden die Worte „in der Zeit vom 19. Dezember 2020 bis 10. Januar 2021“ durch die Worte „bis zum 10. Februar 2021“ ersetzt.

2. § 5 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 3 Satz 3 werden die Worte „In der Zeit vom 1. Dezember 2020 bis 10. Januar 2021“ durch die Worte „Bis zum 10. Februar 2021“ ersetzt.

- b) In Absatz 4 Satz 2 werden die Worte „für die Zeit vom 1. Dezember 2020 bis 10. Januar 2021“ durch die Worte „bis zum 10. Februar 2021“ ersetzt.

3. § 8 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Worte „In der Zeit vom 1. Dezember 2020 bis 10. Januar 2021“ durch die Worte „Bis zum 10. Februar 2021“ ersetzt.
- b) In Absatz 3 werden die Worte „In der Zeit vom 19. Dezember 2020 bis 10. Januar 2021“ durch die Worte „Bis zum 10. Februar 2021“ ersetzt.
- c) Folgender Absatz 4 wird angefügt:  
„(4) Bis zum 10. Februar 2021 sind jede Besucherin und jeder Besucher vor Betreten der in § 1 Abs. 1 Nr. 1 genannten Einrichtungen mittels PoC-Antigen-Test auf das Vorliegen einer Erkrankung mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 zu testen, wenn in einem Landkreis oder einer kreisfreien Stadt innerhalb eines Zeitraums von sieben Tagen die Rate der Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 laut der Veröffentlichung des Robert Koch-Instituts (tägliches Lagebericht des Robert Koch-Instituts zur Coronavirus-Krankheit-2019) höher ist als der zeitgleich festgestellte Landesdurchschnitt der entsprechenden Raten in allen Landkreisen und kreisfreien Städten in Rheinland-Pfalz und die jeweilige Einrichtung nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 im Einzugsgebiet des betreffenden Landkreises oder der betreffenden kreisfreien Stadt betrieben wird.“

4. In § 12 Abs. 1 wird die Angabe „15. Januar 2021“ durch die Angabe „10. Februar 2021“ ersetzt.

**Artikel 2**

Diese Verordnung tritt am 5. Januar 2021 in Kraft.

Mainz, den 5. Januar 2021  
Die Ministerin für Soziales, Arbeit,  
Gesundheit und Demografie  
Sabine Bätzing-Lichtenthäler

**Achte Landesverordnung**  
**zur Änderung der Landesverordnung über die stufenweise Wiederaufnahme des Betriebs**  
**von anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen und anderer Einrichtungen**  
**sowie von Berufsbildungs- und Berufsförderungswerken**  
**Vom 5. Januar 2021**

Aufgrund des § 32 Satz 1 in Verbindung mit § 28 Abs. 1 Satz 1 und 2 des Infektionsschutzgesetzes vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), zuletzt geändert durch Artikel 4a des Gesetzes vom 21. Dezember 2020 (BGBl. I S. 3136), in Verbindung mit § 1 Nr. 1 der Landesverordnung zur Durchführung des Infektionsschutzgesetzes vom 10. März 2010 (GVBl. S. 55), zuletzt geändert durch § 7 des Gesetzes vom 15. Oktober 2012 (GVBl. S. 341), BS 2126-10, wird verordnet:

**Artikel 1**

Die Landesverordnung über die stufenweise Wiederaufnahme des Betriebs von anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen und anderer Einrichtungen sowie von Berufsbildungs- und Berufsförderungswerken vom 6. Mai 2020 (GVBl. S. 167), zuletzt geändert durch Verordnung vom 14. Dezember 2020 (GVBl. S. 703), BS 2126-15, wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:
  - a) In Absatz 2 Satz 1 wird die Angabe „10. Januar 2021“ durch die Angabe „31. Januar 2021“ ersetzt.
  - b) Dem Absatz 8 werden folgende Sätze angefügt:

„Die erfassten Daten sind durch die Einrichtung für die Frist von vier Wochen, beginnend mit dem Tag des Besuchs, unter Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen aufzubewahren. Nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist sind die Daten unverzüglich zu löschen. Eine Verarbeitung der Daten zu anderen Zwecken ist nicht zulässig.“

2. § 3 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 3 wird die Angabe „10. Januar 2021“ durch die Angabe „31. Januar 2021“ ersetzt.
- b) Dem Absatz 9 werden folgende Sätze angefügt:

„Die erfassten Daten sind durch die Einrichtung für die Frist von vier Wochen, beginnend mit dem Tag des Zutritts, unter Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen aufzubewahren. Nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist sind die Daten unverzüglich zu löschen. Eine Verarbeitung der Daten zu anderen Zwecken ist nicht zulässig.“

**Artikel 2**

Diese Verordnung tritt am 5. Januar 2021 in Kraft.

Mainz, den 5. Januar 2021  
Die Ministerin für Soziales, Arbeit,  
Gesundheit und Demografie  
Sabine Bätzing-Lichtenthäler